

Zamsitzn und Ausredn*

Mediation im öffentlichen Bereich in Österreich

Die »öffentliche Mediation« boomt in Österreich. Repräsentative Verfahren wie das Flughafenforum Wien-Schwechat haben der Mediation zu internationaler Anerkennung verholfen. Eine Homepage des österreichischen Lebensministeriums¹ berichtet regelmäßig über neue best-practice-Projekte. Vor allem bei den Kommunen und staatlichen Entscheidungsträgern ist Mediation ein bekanntes und genutztes Mittel der BürgerInnenbeteiligung. Grund zu neidischen Nachfragen: Wie schafft das kleine Nachbarland das?



Moderieren im Park

Brigitte Gans sprach mit den Vorständen des Vereins möbius², Harald Pilz und Maria Köck-Röck

Frage: Welche Mediationsprojekte gab es in letzter Zeit in Österreich?

In den Jahren 1996-2004 wurden in Österreich ca. 12 größere Mediationsverfahren durchgeführt. Seit 2005 haben in Österreich im öffentlichen Bereich nach unserem Kenntnisstand mindestens 20-30 Mediationsverfahren stattgefunden, einschließlich kleinerer kommunaler Mediationsprojekte. Die bearbeiteten Konfliktfelder umfassen Projekte im Bereich Infrastruktur und Flächenwidmung, Produktions- und Energieversorgungsanlagen sowie soziale und interkulturelle Konflikte auf kommunaler Ebene (siehe

he Kasten). Zwei Beispiele wollen wir kurz vorstellen:

Typische »kleinere« Verfahren waren Mediationsprojekte der Wiener Gebietsbetreuung Stadterneuerung unter dem Motto »Gutes Miteinander im Park« in den Jahren 2006-2008. Aus der räumlichen Nähe von Wohnhäusern und kleinen, sehr intensiv genutzten Parkanlagen waren Konflikte entstanden. Die BewohnerInnen der umliegenden Häuser wünschten sich Ruhe und Erholung, die ParkbesucherInnen betrachteten die benachbarte Grünanlage als Spielraum und Treffpunkt. An mehreren Gesprächsrunden nahmen ParknutzerInnen (oft mit Migrationshintergrund), AnrainerInnen und VertreterInnen der zuständigen Bezirkskommission und der lokalen Jugendbetreuungsinstitutionen teil. Dabei konnte gegenseitiges

Verständnis für die Bedürfnisse der unterschiedlichen Gruppen geweckt werden. Die Mediationsrunden bildeten den Ausgangspunkt für einen von der Gebietsbetreuung begleiteten Prozess zur Umsetzung der gesammelten Lösungsideen.

Ein größeres Mediationsverfahren beschäftigte sich im Jahr 2009 mit den Auswirkungen eines geplanten Wohnbauprojekts. An den Gesprächsrunden nahmen Vertreter des Grundeigentümers, der potentiellen Bauträger, der Bürgerinitiative, der involvierten Pfarre und je ein/e VertreterIn der politischen Parteien des Bezirks teil. Nach sieben Monaten und neun Gesprächsrunden unterzeichneten alle TeilnehmerInnen die Einigung in Form einer Abschlusssvereinbarung. Beschlossen wurde ein Gesamtpaket, das neben einem reduzierten Wohnbau weitere Verbesserungen enthält, wie z. B. Revitalisierung historischer Bausubstanz, Vergrößerung und langfristiger Schutz des benachbarten Erholungsgebiets, neues Verkehrskonzept, Tier- und Pflanzenschutz, vergrößerter Kindergarten, Jugendspielplatz, etc. Die Bezirkspolitik hat zugesagt, die notwendigen politischen Beschlüsse für die Umsetzung des Lösungspakets herzustellen.

*hochdeutsch: Konfliktlösung am Runden Tisch

¹www.partizipation.at

²Verein zur Förderung der Mediation im öffentlichen Bereich in Österreich

Konfliktfelder, die in Österreich seit 2005 durch Mediation im öffentlichen Bereich bearbeitet wurden:

- › Infrastruktur & Flächenwidmung
- › Tiefgarage
- › Flugplatz
- › Hochwasserschutzprojekt
- › Krisenmanagement Mobilfunk
- › Hochspannungsleitung in Kindertagesstättennähe
- › Flächenwidmung/Wohnbauprojekt
- › Flurbereinigung
- › Produktionsbetriebe, Energieversorgung
- › Heizkraftwerk
- › Bioenergieanlagen
- › Steinbruch
- › Akku- und Batterieproduktion
- › Soziale kommunale, teilweise interkulturelle Konflikte
- › Errichtung eines Islamischen Kulturzentrums
- › Lärm und andere Probleme im Park
- › Lärm und Infrastrukturprobleme Kleingartengebiet/Wohngebiet
- › Hofmeditationen im Gemeindebau
- › Hunde in der Stadt

Frage: Mediation im öffentlichen Bereich »boomt« in Österreich. Wer sind die InitiatorInnen?

Einige Verfahren sind dadurch zustande gekommen, dass aktive, überzeugte und kompetente MediatorInnen in Einrichtungen arbeiten, die Anlaufstellen für Konflikte sind, wie beispielsweise im Bereich der Gemeinwesenarbeit (Wiener Gebietsbetreuung, Niederösterreichische Stadt- und Dorferneuerung) oder in Umwelthanwaltschaften. Bei manchen Projekten hat sich sicher auch fördernd ausgewirkt, dass einige MediatorInnen derzeit noch zu relativ geringen Stundensätzen arbeiten, bzw. in den genannten Institutionen überhaupt von der öffentlichen Verwaltung bezahlt werden. Ansonsten helfen oft erste kleine Projekte mit geringen Einstiegskosten den kommunalen AuftraggeberInnen, die Methode kennen zu lernen. Nach einem erfolgreichen Verfahren sind dann Nachfol-

geprojekte mit evt. auch höheren Kosten rasch gefragt.

Immer wieder wird in Konfliktsituationen auch seitens der Bürgerinitiativen oder von VertreterInnen politischer Parteien Mediation als Lösungsinstrument vorgeschlagen oder gefordert. Gleichzeitig ist es heute vielen PolitikerInnen wichtig zu signalisieren, dass sie BürgerInnenbeteiligung befürworten und ermöglichen. Das fördert immer wieder Entscheidungen zugunsten von Mediation.

Wichtig waren sicher auch Informationen darüber, was Mediation leisten kann und was nicht. PolitikerInnen, die eine klare Vorstellung von der Methode haben, oder denen Mediation von anderen KollegInnen empfohlen wird, die bereits Mediationsverfahren selbst erlebt haben, entscheiden sich im Bedarfsfall eher für Mediation.

Einmal Mediation – immer Mediation: Statements von BürgermeisterInnen und BezirkspolitikerInnen

Mag. Peter Eisenschenk, Bürgermeister in Tulln: »Es hat sich gezeigt, dass mithilfe von MediatorInnen auch mit geringem finanziellen Einsatz gute Lösungen erreicht werden können. Damit 200 BürgerInnen wieder in Frieden leben können, gibt man doch gerne ein paar Tausend Euro aus!«

Ing. Martin Falk, Bürgermeister in Gars: »Ich habe Mediation nicht gekannt. Am Anfang steht natürlich die Sorge vor dem großen Unbekannten. Aber heute kann ich nur jeden ermutigen, diesen Weg zu gehen.«

Anneliese Federmann, Bürgermeisterin in Langenrohr: »Für Krisengespräche oder konfliktreiche Info-Veranstaltungen hole ich in letzter Zeit immer eine/n externe/n neutrale/n ModeratorIn bzw. MediatorIn dazu, der die Veranstaltung oder die Gesprächsrunde leitet. Das hat sich sehr bewährt, und ich selbst bin nicht mehr in einer heiklen Doppelrolle!«

Gerhard Zatlöckl, Bezirksvorsteher im 15. Wiener Gemeindebezirk: »In den dicht verbauten Gebieten unseres Bezirks ist es unumgänglich, dass die Bedürfnisse nach Austoben und Erholung immer wieder zu Konflikten führen. Mit der Zeit haben wir aber dazugelernt, dass Lösungen viel besser gelingen, wenn die Betroffenen selbst in einem Mediationsverfahren am runden Tisch mit einbezogen werden.«

Andrea Mayrhofer, Bezirksrätin im 21. Wiener Gemeindebezirk: »Nachdem es zweieinhalb Jahre so ausgesehen hat, als würde es keine Lösung geben, wurde zum ersten Mal im Bezirk ein Mediationsverfahren durchgeführt. Dabei haben wir alle sehr viel gelernt: uns besser zu verstehen und gemeinsam lösungsorientiert zu arbeiten, auch mit einer Bürgerinitiative. Gerade bei so komplexen Angelegenheiten gelingen Gespräche einfach viel besser, wenn man ein externes professionelles MediatorInnenteam dabei hat. Das Verfahren hat bewiesen, wie es funktionieren kann und wie es auch zukünftig immer öfter in diesem Bezirk funktionieren sollte.

Ing. Heinz Lehner, Bezirksvorsteher im 21. Wiener Gemeindebezirk: »In einem beispielhaften Mediationsverfahren wurden gemeinsam mit den BürgerInnen Lösungen gefunden, die Jeddlesee durch verschiedene begleitende Maßnahmen deutlich aufwerten und die Lebensqualität aller hier wohnenden Menschen heben werden.«

Christoph Prinz, Bürgermeister in Bad Vöslau: »Beim ersten Mediationsverfahren bin ich auf den Geschmack gekommen und habe danach immer wieder diesen Lösungsweg gesucht. Allen Betroffenen wird geholfen und BürgerInnen können sich konstruktiv beteiligen. Wenn wegen geplanter Projekte negative Stimmungen aufkommen, die man in einem Prozess konkret bearbeiten kann, hilft das der ganzen Gemeinde. Daher kann ich als Politiker Mediationsverfahren nur begrüßen.«

Frage: Lässt sich mit dem Verein Möbius die Mediation im öffentlichen Bereich wirkungsvoll fördern?

Möbius wurde im Jahr 2005 von AbsolventInnen eines Mediationslehrgangs als gemeinnütziger »Verein zur Förderung der Mediation im öffentlichen Bereich in Österreich« gegründet. Die derzeit knapp 30 ehrenamtlich arbeitenden Mitglieder setzen sich ausgehend vom Raum Wien und Niederösterreich dafür ein, Mediation als Instrument der Konfliktlösung im öffentlichen Bereich bekannt zu machen, über die Methode zu informieren und die Vorteile des konsensualen Interessensausgleichs gegenüber anderen Lösungsstrategien zu verdeutlichen. Basisinformationen zum Verein und zum Thema Mediation im öffentlichen Bereich bietet unsere Homepage www.moebius.or.at. Die Hauptzielgruppen der Informationsarbeit sind vor allem EntscheidungsträgerInnen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft, bzw. Bürgerinitiativen und andere Konfliktbetroffene. Daher haben wir im Jahr 2007 die periodische Veranstaltungsreihe »focus möbius« gestartet. Jede Veranstaltung behandelt anhand eines thematischen Schwerpunkts den möglichen Einsatz und Ablauf von Mediationsverfahren im öffentlichen Bereich. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Mediation, die Möglichkeiten und Chancen werden analysiert, die Grenzen aufgezeigt und diskutiert. Dabei werden wesentliche Informationen bezüglich der Verfahrensdauer und den zu erwartenden Kosten gegeben, und der Nutzen einer gemein-

samen, konsensualen Lösungsfindung durch alle Beteiligten wird aufgezeigt. Zusätzlich beteiligt sich möbius an der systematischen Information aller BürgermeisterInnen in Niederösterreich im Rahmen von Bürgermeisterkonferenzen. Möbius engagiert sich im Sinne der Vernetzung der MediatorInnen im öffentlichen Bereich, unterstützt den Erfahrungsaustausch und die Qualitätssicherung. Der Verein selbst betreibt keine Projektakquisition und führt keine Mediationen durch, bietet jedoch allen Beteiligten an Konflikten im öffentlichen Bereich eine kostenlose Erstberatung und die Vermittlung von spezialisierten MediatorInnen an.

Frage: Könnt Ihr eine Zukunftsprognose wagen, wie sich Mediation im öffentlichen Bereich zukünftig entwickeln wird?

Wir sind überzeugt, dass die Nachfrage nach Mediation kontinuierlich ansteigen wird. Wir denken da weniger an große Infrastrukturverfahren, die vergleichsweise selten vorkommen. Die weitaus überwiegende Zahl von mediationswürdigen Konflikten sehen wir eher im Bereich einzelner Betriebe und deren AnrainerInnen, oder auf kommunaler Ebene, wo es um die Erhaltung oder Verbesserung der lokalen Lebensqualität geht. BürgermeisterInnen erleben Mediation zunehmend als entlastenden, bürgernahen, kostengünstigen und innovativen Weg der Konfliktlösung. BürgerInnen werden damit zur aktiven Mitarbeit an der gewünschten Lebensqualität angeregt, anstatt nur die Gemeindeverwal-

tung dafür verantwortlich zu machen. Gerade mit dem zunehmenden Einsatz von Mediation sollte aber auch auf methodische Klarheit Wert gelegt werden. Nicht in allen Situationen ist Mediation die am besten geeignete oder von allen Beteiligten akzeptierte Methode. Wenn andere Formen der Partizipation zum Einsatz kommen, sollten diese nicht als »Mediation« bezeichnet werden. Umgekehrt sollten bei Mediationsverfahren immer die notwendigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen beachtet werden, um unnötige Frustrationen zu vermeiden. Nur ein professioneller Umgang mit dem Instrument Mediation im öffentlichen Bereich wird auf Dauer seriöse Ergebnisse erzielen. Unsere Erfahrung ist, dass EntscheidungsträgerInnen, die Mediation einmal erfolgreich ausprobiert haben, diesen Zugang immer wieder gerne wählen und gleichzeitig auch die Bereitschaft zur Finanzierung der Beratungskosten steigt. Bewährt hat sich auch, bei Informationsveranstaltungen BürgermeisterInnen einzubinden, die über persönlich erlebten Nutzen durch Mediation berichten. Dies motiviert andere EntscheidungsträgerInnen wesentlich mehr als Informationen von den MediatorInnen selbst.

Das Interview führte Brigitte Gans, Dipl. Geographin, Mediatorin und Ausbilderin BM® und NCRC.

Kontakt

* E-Mail: Brigitte.Gans@mucweb.de



Der Vorstand des Vereins möbius von rechts nach links: DI Mag Harald Pilz (Obmann), Lea Kerschner, DI Heinrich Eller (Kassier), DI Sonja Stepanek, DI Josef Reich (Schriftführer), DI Maria Köck-Röck (Obmann-Stellvertreterin).